

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruhe

Geschichte der Stadt und ihrer Verwaltung

1852 - 1874

Weech, Friedrich

Karlsruhe, 1904

Bauthätigkeit

[urn:nbn:de:bsz:31-17294](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:bsz:31-17294)

Baukommission einzuverlangen und wegen des Friedrichsthores beim Finanzministerium die Erlaubnis zum Abbruch des Thores nachzujuchen, während die beiden Thorhäuschen stehen bleiben sollten, da der Verkehr an diesem Thore in der That sehr gehemmt sei. In der Sitzung vom 1. Juli wurde anerkannt, daß die sehr stark benützte Passage durch das Durlacher Thor für Fuhrwerk und Fußgänger einer Verbesserung bedürfe, und beschloffen, beim Finanzministerium die Ermächtigung zu erwirken, die Absperrgeländer und Thorflügel entfernen zu lassen. In der Gemeinderatssitzung vom 22. Juli wurde, veranlaßt durch Veröffentlichung dieses Beschlusses, eine von hervorragenden Architekten und anderen Einwohnern unterzeichnete Eingabe verlesen, welche die Erhaltung des Durlacher Thores „als eines geschichtlichen und architektonisch wertvollen Denkmals unserer Stadt“ befürwortete. Der Gemeinderat hatte inzwischen schon am 1. Juli im Sinne der Gesuchsteller gehandelt, als er den Beschluß faßte, das Durlacher Thor „als ein schönes Baudenkmal der ersten Jahre der Stadt Karlsruhe“ zu erhalten, zu restaurieren und die Entfernung der Verkehrshindernisse auf das notwendigste Maß zu beschränken. Leider änderte der Gemeinderat später die damals ausgesprochene Ansicht und willigte in die Beseitigung des Durlacher Thores ein.

Mit dem Abbruch des Friedrichsthores wurde am 17. November 1874 begonnen. Dieses war im Jahre 1854 jenseits des später überwölbten Landgrabens, zum Ersatz des seit 1779 am Ende der Kronenstraße vor deren Einmündung in die Steinstraße gestandenen, 1852 abgebrochenen alten Ruppurrer Thores, erbaut worden.

Im Juli 1874 hatte das Finanzministerium die Beseitigung der Thorflügel, der Steinpfeiler und des Gitterwerkes an sämtlichen noch bestehenden Stadthoren genehmigt und die Bezirksbauinspektion mit dem Vollzug dieser Anordnung beauftragt. Im Einklange mit dieser Verfügung beschloß der Gemeinderat die Entfernung des eisernen Thores am Ausgange der im Jahre 1861 von der Stein- bis zur Kriegsstraße verlängerten Adlerstraße und dessen Verwendung am Eingang des neuen Friedhofes.

Gauthätigkeit.

Mit der Zunahme der Bevölkerung hielt die Vermehrung der Wohnungen nicht gleichen Schritt. In den Jahren 1857 und 1858

wird über diesen Mißstand in der Presse ernstlich geklagt und dabei namentlich der Mangel an kleineren Wohnungen hervorgehoben. Man brachte damit in Verbindung, daß die beabsichtigte Gründung einiger Fabriken verschoben wurde. Auch als sich durch die Errichtung eines Füsilierbataillons im Jahre 1857 weiterer Bedarf an Wohnungen für das Offiziercorps zeigte, wurden diese Klagen laut.

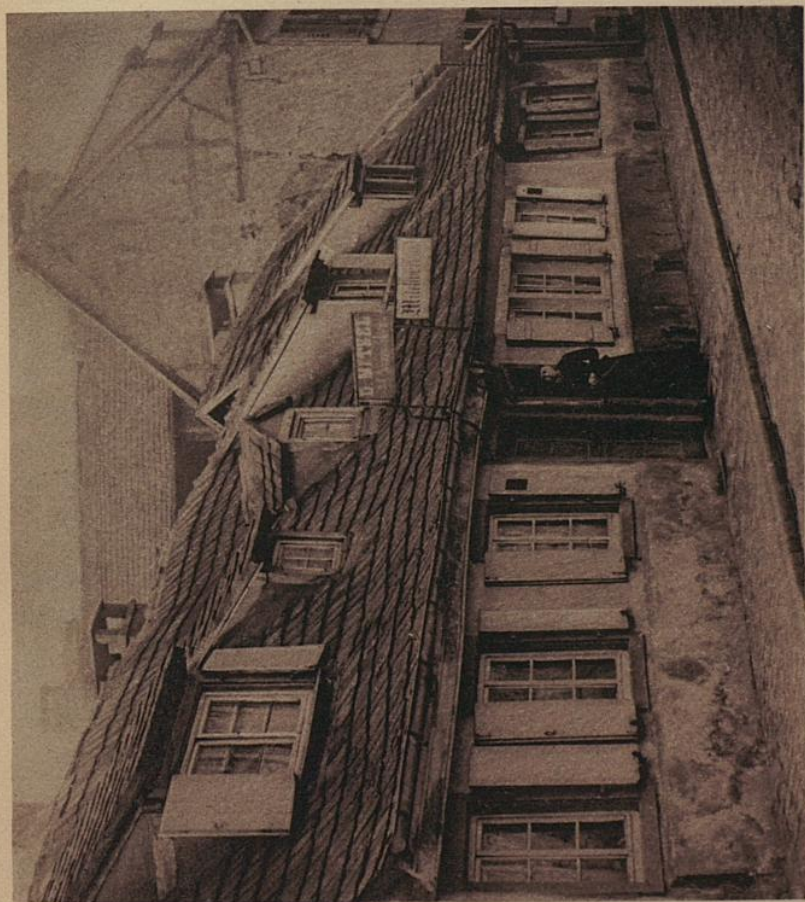
Auf dem Gebiete industrieller Bauten sehen wir doch im Jahre 1858, neben den bereits seit längerer Zeit bestehenden Bierkellern von Hack und Clever, Neubauten der Bierbrauer Reble und Geiger entstehen. 1859 kam dazu ein größeres Gebäude des Bierbrauers Seyfried und in der Neuthor- (später Sophien-)straße entstand eine Anzahl ansehnlicher Wohnhäuser.

In diesem Jahre richtete der Gewerbeverein eine Eingabe an den Gemeinderat, in welcher darum nachgesucht wurde, dem großen Mangel, welchen die Stadt in den letzten Jahren an — neuerdings auch größeren — Wohnungen hatte, abzuhelpen durch Aufsetzen von dritten Stockwerken auf massive zweistöckige Häuser, durch Erbauung von neuen und schönen Häusern an Stelle der alten unansehnlichen, größtenteils hölzernen Häuser und von neuen Wohngebäuden auf bisher unbebauten Plätzen.

Ein sehr großer, wenn nicht der größte Teil der Karlsruher Häuser bestand, wie seit der Gründung der Stadt, damals noch aus einstöckigen Gebäuden mit einem aufgesetzten Mansardenstockwerk oder einzelnen Mansarden, wie wir sie ja auch heute noch in vielen Straßen, selbst im Mittelpunkte der Stadt, vertreten und erst allmählich verschwinden sehen*).

Zur Erhöhung der Bauhätigkeit in den angeführten Richtungen wurde vorgeschlagen, die Gemeinde möge unbemittelten Bauherrn

*) Unsere Abbildungen zeigen solche Alt-Karlsruher Häuser, die eine drei Häuser der Spital- (jetzt Markgrafen-) Straße, Nr. 11, 13 und 15 von der ganz primitiven Form, wie sie in der ältesten Zeit der Residenzstadt die Regel war, die andere ein besseres Haus, Kreuzstraße 5, vermutlich in den ersten Jahrzehnten des 19. Jahrhunderts an Stelle eines solchen erbaut, mit der Fierde eines erkerartigen Vorbaues im 2. Stockwerk. Die Häuser Spitalstraße 11 und Kreuzstraße 5 sind jetzt durch stattliche Gebäude ersetzt, die kleinen Häuser Spitalstraße 13 und 15 stehen heute (Februar 1900) noch unverändert.



Alt-Karlsruher Häuser in der Spital- (Markgrafen-) Straße.

Landesbibliothek
Karlsruhe

Gelder vorstrecken, so daß jeder Bauherr den Betrag, den er sich nicht von Kapitalisten verschaffen könne, gegen 3= bis 3¹/₂prozentige Verzinsung auf Nachhypothek erhalte, unter Nachlaß der Verzinsung während der Bauzeit, Befreiung des Betrages, den der Aufwand des Neubaus über den Wert des alten Baues darstelle, von den städtischen Steuern auf die Dauer von fünf Jahren und Heimzahlung des dargeliehenen Kapitals in 10= bis 15jährigen Raten. Zu diesem Zwecke wurde die Gründung einer Baukasse und Ausgabe von Obligationen derselben angeregt.

Der Gemeinderat konnte indes ein dringendes Bedürfnis zur Ergreifung solcher Maßnahmen nicht anerkennen, die er für einen Versuch hielt, dessen Erfolg sehr zweifelhaft sei, und lehnte daher diese Vorschläge ab.

Als jedoch im Jahre 1860 das Stadtamt dem Gemeinderat mittheilte, daß auch seiner Wahrnehmung nach Wohnungsmangel vorhanden sei, und auf Freiburg hinwies, wo auf städtische Kosten Miethäuser gebaut worden seien, beschloß der Gemeinderat in seiner Sitzung vom 12. Dezember, beim großen Bürgerausschuß einen Antrag einzubringen auf Bewilligung einer Summe von 10000 fl. zu Prämien für solche Bauliebhaber, welche innerhalb dreier Jahre in der Langen Straße schöne drei- oder vierstöckige Häuser, wozu der Plan jeweils von der Gemeindebehörde genehmigt sein müsse, herstellen. Die Prämien sollten 20 bis 25 fl. für den Fuß Frontlänge betragen. Der engere Ausschuß stimmte diesem Antrage am 19. Dezember bei. Eine Eingabe Baulustiger, Bauprämien auch für Häuser an Seitenstraßen zu bewilligen, wurde ablehnend beschieden.

Nachdem zu Beginn des Jahres 1861 der Vorschlag zur Bildung einer Aktiengesellschaft für Neubauten in der Langen Straße gemacht worden war, ohne daß jedoch die Bildung einer solchen Gesellschaft gelang, faßte der große Ausschuß am 7. Mai dieses Jahres einen dem Antrag des Gemeinderats entsprechenden Beschluß, unter Festsetzung der Bauprämie auf den einheitlichen Satz von 25 fl. für den Fuß Frontlänge, und bewilligte hierzu einen Kredit von 10000 fl. Einen weitergehenden Vorschlag aus der Mitte der Versammlung, bei 1= bis 2jähriger Baufrist die Prämien auf 30 bis 50 fl. zu erhöhen und die Summe von 100000 fl. zur Ver-

abfolgung an Baulustige auf Nachhypothek bis zu zwei Drittel des Baukapitals zu bewilligen, wurde vom großen Ausschuss abgelehnt. Der Beschluß des großen Ausschusses wurde vom Gemeinderat angenommen und vom Stadtamt genehmigt. Nach Ablauf der ersten drei Jahre wurde die Bewilligung der Prämien auf einen weiteren Zeitraum und weiterhin wiederholt verlängert und erst im Jahre 1888 eingestellt. Doch wurde von dieser Vergünstigung in den nächsten Jahren nicht in dem erwarteten ausgedehnten Maße Gebrauch gemacht.

In dem Werke „Karlsruhe im Jahre 1870. Baugeschichtliche und Ingenieurwissenschaftliche Mittheilungen“ ist angeführt, daß im Zeitraum von 6 Jahren nur 7 Häuser in der Langen Straße gebaut wurden, das Volz'sche und Kunz'sche, die Eckhäuser der Herren D. Meyer und Wolf, die Wohnhäuser der Herren Schnabel, Huber und Schweizer. „In diesen — heißt es weiter — ist ein Stück modernster Baugeschichte verkörpert, sie geben Zeugnis, daß man mit dem seither üblichen reinen Utilitätsbau gebrochen, daß das der Kunst zugänglicher gewordene Bürgertum sich nicht mehr mit dem Allernötigsten zufrieden giebt, sondern sein Besitztum durch dieselbe geadelt verlangt.“ Das „sichtliche Aufblühen“ Karlsruhes in diesen Jahren und die erhöhte Bauthätigkeit betont auch der im Jahre 1869 erschienene Jahresbericht des Großherzoglichen Landeskommissärs, der als weitere Symptome dieses Fortschrittes auch die vermehrte Nachfrage nach Arbeitern und das außerordentliche Steigen der Arbeitslöhne hervorhebt.

Abgesehen von den erwähnten stattlichen und architektonisch hervorragenden Neubauten in der Langen Straße entstanden auch in anderen Stadtteilen bemerkenswerte Privatgebäude, so z. B. die schon früher erwähnten Häuser auf dem Friedrichsplatze, darunter das Haßlinger'sche Haus, die Villa des Medizinalrats Schenk in der verlängerten Lammstraße, die Villa St. André in der Kriegstraße, die Freimaurerloge, die Villa Schmieder in der verlängerten Karlstraße *).

Schon im Jahre 1858 hatte die Fabrik versilberter und ver-

*) Einige dieser Häuser, von Baurat Hochstetter, von den Architekten Knoderer, Haunz und Durm, von Oberbaurat Berkmüller und Bauinspektor Heinrich erbaut, sind auf Seite 81 und 95—100 des oben angeführten Wertes abgebildet.



Alt-Karlsruher Haus in der Kreuzstraße.

Landesbibliothek
Karlsruhe

goldeter Waren von Christoffle u. Co. Wohnungen für ihre 70 männlichen Arbeiter an der Augartenstraße unter Leitung des Architekten Rau erbauen lassen. Die oberen Räume der Häuser waren für die ledigen, die unteren für die verheirateten Arbeiter bestimmt. Ein eigenes Gebäude zu Wohnungen für die Herren und Meister der Fabrik wurde an der Ettlingerstraße erbaut.

Am 16. Mai 1870 beschloß der Gewerbeverein, zum Baue von Arbeiterwohnungen die Summe von 5000 fl. vorzuschießen, und am 1. Juni bildete sich eine gewerbliche Baugenossenschaft zum Zweck der Erwerbung und Veräußerung von Wohnhäusern und deren Verkauf oder Vermietung. Zu Vorstandsmitgliedern wurden die Gemeinderäte Heinrich Lang und Karl Himmelheber und Stadtbaumeister Karl Gambs gewählt. Im Mai 1873 ließ die Maschinenfabrik Karlsruhe auf ihrem Grundstücke am Beierthheimer Wege verschiedene Wohnhäuser für die in ihrer Wagenfabrik beschäftigten Arbeiter erbauen.

Im Jahre 1871 wurde in der Presse abermals auf den Mangel an Wohnungen und zwar sowohl großen für Reiche als auch kleinen für weniger bemittelte Familien hingewiesen und betont, daß es nicht genüge, wie es seitens des Gemeinderates noch neuerdings geschehen sei, den armen Leuten zu einstweiligen, wenn auch ganz dürftigen Wohnungen zu verhelfen. Die Stadtbehörde habe die Verpflichtung, mit allen ihr zu Gebote stehenden Mitteln für Beschaffung von Wohnungen zu sorgen, denn davon hänge jetzt das Wohl und Gedeihen des ganzen Gemeinwesens ab. Sie sollte eine große Summe ausgeben und selbst Wohnhäuser bauen, namentlich kleine Häuser ankaufen und zu drei- und vierstöckigen aufbauen. Aber auch der Staat sollte hier eingreifen und nicht dadurch die Wohnungsnot, unter der auch seine eigenen Beamten und Angestellten leiden, vermehren, daß er ganze Privathäuser und einzelne Wohnungen, sei es durch Ankauf, sei es durch Miete wegnehme. Es wurde auch das Gerücht verbreitet, der Gemeinderat beabsichtige, bei dem Bürgerschaftsschuß die Aufnahme eines Darlehens von 500 000 fl. zu beantragen, um damit zu Neu- bezw. Aufbauten innerhalb der Stadt Kapitalien an Bauunternehmer auf zweite Hypothek, zu mäßigem Zinsfuß und unter sehr günstigen Bedingungen darleihen zu können. Auch der Bau eines Armen-Gewerbehauses sei in's Auge gefaßt.

Zunächst wurde aus der Mitte der Bürgerschaft ein Verein für Erbauung billiger Wohnhäuser in Form einer Aktiengesellschaft gebildet mit einem Kapital von 70 000 fl. = 40 000 Thaler in 400 Aktien von je 100 Th., und ein zu diesem Zweck zusammengetretener Ausschuß (Oberbürgermeister Malisch, Privatmann Lautz, Bankier Homburger, Privatmann Morstadt, Apotheker Kiegel, Bau- rat Lang, Gemeinderat S. Meeß, Fabrikant K. Schmieder, Privatmann Küenzle, Hoffinanzdirektor Kreidel und Gemeinderat Himmelheber) lud, nachdem alsbald 53 000 fl. gezeichnet waren, zu fernerer Beteiligung an den Aktienzeichnungen ein. Ein nach den Grund- sätzen des Vereines erbautes Haus mit Vorgarten würde sich auf etwa 1500 bis 2600 fl. Kaufwert berechnen und bei mäßigen Ab- zahlungen in 14 Jahren schuldenfrei sein. Aus Arbeitertreuen und dem Stande der unteren Bediensteten lagen Ende Mai 1871 schon 60 Anmeldungen mit Anzahlungen von je 100 bis 1000 fl. und darüber vor. Der Verein erbaute binnen kurzer Zeit eine Anzahl Häuser an der Ecke der Ruppurrer- und Augartenstraße. In der Generalversammlung dieses Vereines am 14. Juli 1873 wurde be- richtet, daß sämtliche bis dahin erbauten 30 Häuser über 300 Personen Unterkunft bieten. Ein Haus war bereits verkauft, bezüglich der übrigen 29 Häuser seien die Verkäufe schon so gut wie gesichert. Der Verein hatte mit großer Uneigennützigkeit ge- handelt und nur auf Wiedererlangung des Kapitals und der Zinsen abgezielt, wodurch es den künftigen Eigentümern möglich gemacht wurde, zu billigen Wohnhäusern zu gelangen. Es wurde in der Generalversammlung dankbar anerkannt, daß der Vorstand durch seine sehr thätige und unentgeltliche Geschäftsführung der Stadt einen sehr wesentlichen Dienst geleistet habe.

Am 11. Oktober 1871 wurde sodann im Gemeinderat über die Ausdehnung der für neu erbaute dreistöckige architektonisch schöne Häuser bewilligten Bauprämie auf Häuser der nördlich der Langen Straße gelegenen Fächerstraßen von der Wald- bis zur Waldhornstraße, ein- schließlich des inneren Zirkels, durch Gemeinderat Lang Bericht erstattet und beschlossen, dem Bürgerausschuß entsprechende Vorlage zu machen und zur allmählichen Verwendung einen Kredit von 15 000 fl. zu beantragen. Dieser Antrag fand in der Sitzung des Bürgerausschusses vom 30. Oktober Annahme mit dem Zusatz, der

Gemeinderat möge die Ausdehnung der Bauprämie noch auf die übrigen Teile der Stadt ausdehnen, für welchen namentlich Oberbürgermeister Malisch eingetreten war. Dieser Zusatz fand jedoch die Zustimmung des Gemeinderates nicht.

Dieser trat inzwischen in anderer Art der Lösung der Frage näher, indem er beim Bürgerausschuß die Aufnahme eines Kapitals von 500 000 fl. beantragte, aber nicht, wie früher das Gerücht gegangen war, um seitens der Stadt Häuser zu erbauen, sondern zur Gründung einer städtischen Hypothekenbank.

Nachdem der Bürgerausschuß dem ihm vorgelegten Projekt zugestimmt und die Großherzogliche Regierung demselben ihre Genehmigung erteilt hatte, wurde im Jahre 1872 dieses Institut gegründet. Als dessen Zweck wurde bezeichnet, denjenigen hiesigen Häuserbesitzern, welche innerhalb der Stadt (zwischen der Kriegsstraße und dem Hofdomänenbezirk) alte Häuser abreißen und an deren Stelle neue erbauen, insofern sie sich die Mittel bis zum halben Werte des Neubaus in anderer Weise beschaffen, weitere 25 bis höchstens 30 % des Schätzungswertes auf Nachpfand darzuleihen. In der Regel soll, nach den Satzungen, das Darlehen erst nach Vollendung des Neubaus gegeben werden, unter gewissen Voraussetzungen kann dasselbe auch schon während der Bauzeit ratenweise zur Auszahlung kommen. Das Darlehen ist zunächst nur mit 5 % zu verzinsen, vom beginnenden zweiten Jahre nach Fertigstellung des Neubaus an müssen aber behufs Tilgung des Darlehens noch zwei weitere Prozent bezahlt werden, so daß alsdann aus der ganzen ursprünglichen Anlehenssumme eine Annuität von 7 % auf die Dauer von 26 Jahren entrichtet wird. Werden die Darlehensbedingungen pünktlich eingehalten, so ist das Darlehen seitens der Hypothekenbank unkündbar; dagegen steht dem Schuldner jederzeit das Recht zu, unter Einhaltung einer dreimonatlichen Kündigungsfrist, außer der festgesetzten Annuität noch besondere Abschlagszahlungen zu leisten oder die Schuld ganz abzutragen. Die zur Vollziehung dieser Darlehen erforderlichen Mittel verschafft sich die Hypothekenbank je nach Bedarf bis zum Betrage von 500 000 fl. bzw. 857 100 Mark durch Ausgabe von 4½ % Partialobligationen, zu deren Ausstellung durch das Großherzogliche Ministerium des Innern die Ermächtigung gegeben worden ist. Die auszugebenden Partialobligationen sind eingeteilt in Stücke

à 1500 Mark, à 900 Mark und à 300 Mark und werden mit $4\frac{1}{2}\%$ halbjährlich auf 1. Februar und 1. August verzinst. Für die Sicherheit der Partialobligationen haftet außer den pfandreichtlich verbrieften Kapitalanlagen der Hypothekenbank, über deren Betrag hinaus keine Obligationen ausgegeben werden dürfen, die Stadtgemeinde Karlsruhe mit ihrem ganzen Vermögen.

Die städtische Hypothekenbank bildete eine besondere Anstalt, welche dem städtischen Leihhause zur getrennten Verwaltung überwiesen wurde. Ihre Thätigkeit konnte sie erst in der zweiten Hälfte des Jahres 1872 beginnen, weshalb auch ihr Geschäftsverkehr in diesem Jahr von keinem großen Umfange war; aber auch in den beiden nächsten Jahren wurde ihre Hilfe nur in verhältnismäßig wenigen Fällen in Anspruch genommen.

Die städtische Hypothekenbank bewilligte 1872 an 7 Personen Darlehen im Gesamtbetrage von 66 300, 1873 an 8 Personen von 110 150 fl., 1874 an 6 Personen von 56 950 fl.

Ein lediglich privater Versuch, neuerdings wieder in der Zeit der großen und mittelgroßen Miethäuser, wie es in den Alt-Karlsruher Tagen die Regel gewesen war, eine Anzahl von Einfamilienhäusern zu erbauen, war von einer kleinen Genossenschaft mit sammtverbindlicher Haftpflicht, auf Anregung und unter Leitung des Dr. A. Emminghaus, Professors der Volkswirtschaft am Polytechnikum, im Jahre 1870 mit gutem Erfolge unternommen worden. Es waren 12 Häuser, 2 davon in der später Moltkestraße genannten Mühlburger Allee, 8 in einer auf dem Gelände des ehemaligen Holzhofes neu entstandenen Straße, 2 an der Grünwinkler Allee, die später den Namen Bismarckstraße erhielt. Am Tage der Kriegserklärung unterzeichneten die Teilnehmer, nicht ohne schwere Sorgen über das Gelingen ihres Unternehmens in einem so gefahrdrohenden Augenblick, den auf die Dauer von 15 Jahren abgeschlossenen Genossenschaftsvertrag. Und in dankbarer Gesinnung für die Befreiung von diesen Sorgen durch den Sieg der deutschen Waffen bei Wörth am 6. August beantragten sie, als der Bau der Häuser vollendet war, beim Gemeinderat, der neuen Straße den Namen Wörthstraße zu geben, ein Antrag, dem der Gemeinderat gerne stattgab*). Die

*) Vergl. oben S. 235.

hübschen Häuser entstanden nach den Plänen und unter der Bauleitung des Architekten Dr. Thomas Cathiau.

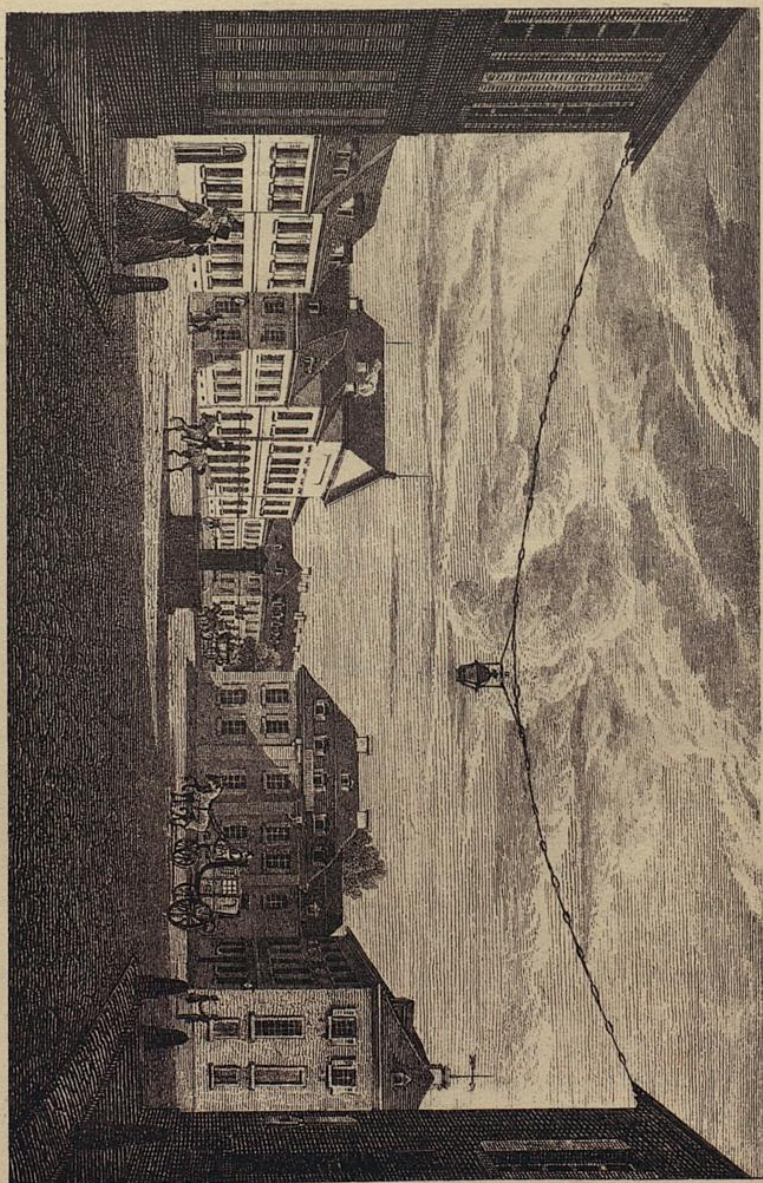
Eine Unternehmung im großen Stil, die im Jahre 1872 in's Leben trat, war die am 12. April durch eine Generalversammlung mit einem Grundkapital von vorerst 2 1/2 Millionen Thaler begründete Rheinische Baugesellschaft mit dem Sitze in Karlsruhe. Bedeutende Kräfte, wie die Rheinische Kreditbank in Mannheim, die Württembergische Vereinsbank, die Baseler Handelsbank, das Stuttgarter Bau- und Immobiliengeschäft nebst hervorragenden Bankhäusern in Mannheim, Stuttgart, Freiburg, Karlsruhe u. a. waren an der Gründung beteiligt. Eine größere Zahl angesehener Persönlichkeiten Karlsruhes aus verschiedenen Ständen trat dem Aufsichtsrate bei. Nach ihren Satzungen hatte sie sich mit der Ausführung von Bauten, mit der Erwerbung und Veräußerung von Gebäuden und Grundstücken und mit der Fabrikation von Baumaterialien aller Art zu befassen. Die Sektion Karlsruhe hatte in erster Reihe die Fabrikation von guten Backsteinen in Aussicht genommen, erwarb ein zur Anlage einer Dampfziegelei vorzüglich geeignetes Gelände oberhalb Durlach und begann alsbald mit dem Bau der Fabrikräumllichkeiten. Sie erwarb ferner sofort und in den nächsten Jahren eine Reihe von Bauplätzen. Von diesen wurde — nach einem im März 1873 veröffentlichten Berichte — auf dem Wisler'schen Bauplatz an der Ecke der Lamm- und Zähringerstraße nach Plänen des Professors Durm das Direktionsgebäude der Gesellschaft erbaut, ein Bauplatz in der Steinstraße und ein anderer in der Kriegsstraße gegenüber dem Grünen Hof wurde in 9, einer an der Kriegsstraße, Ecke der Leopoldstraße, in 3 Bauplätze eingeteilt, das Kusel'sche Haus in der Langen Straße mit Hof, nebst Haus mit Hof und Bauplatz in der Zähringerstraße, teilweise an einen Angrenzer verkauft, teilweise zum Bau eines größeren Geschäftshauses zurückbehalten. Endlich wurde der gräßlich Langenstein'sche Garten mit Raum zu 81 Hausplätzen angekauft und durch 2 Straßen, die verlängerte Akademie- und die Douglas-Straße, durchquert. Von diesen Plätzen wurden die in die Lange Straße fallenden und nicht verkauften Plätze in eigener Regie und mit einheitlicher Fassade überbaut, alle übrigen zu festgesetzten Preisen veräußert. Bis Mitte März 1873 waren 37 Bauplätze verkauft. Die Baupläne

wurden auf dem Bureau der Gesellschaft durch deren Angestellte unter Leitung ihres Architekten Mendric angefertigt. Am Ende des Jahres 1874 waren an der Hirschstraße noch 4, an der Stephaniensstraße 7, an der verlängerten Akademiestraße 29, an der Douglasstraße 13, an der Langen Straße 10 Bauplätze unbebaut.

Die rege Bauhätigkeit, die sich in den Jahren seit dem Regierungsantritt des Großherzogs Friedrich allmählich zu entwickeln begann, auf dem Gebiete der Privatbauten in größerem Umfang erst in der Zeit, welche dem deutsch-französischen Kriege folgte, da sich die Erhöhung des Wohlstandes auch in dieser Richtung fühlbar machte, trat besonders in den Neubauten hervor, welche die Staats- und die Hofverwaltung ausführen ließ. Das Hoftheater, das Ministerium der auswärtigen Angelegenheiten, das Drangeriegebäude, der zwischen diesem und dem Schloß neu entstandene Wintergarten, die Kunstschule, der Anbau des Polytechnikums, das evangelische Lehrerseminar mit Turnhalle, die Artilleriekaserne Gottesau geben Zeugnis von dem künstlerischen Geschmack und der Opulenz, mit welcher Hof und Staat neuerdings die Stätten ausbilden ließen, welche in früheren Tagen nur in sehr bescheidenen Formen in die Erscheinung traten. Zu diesen in den Jahren 1853 bis 1870 entstandenen Bauwerken trat nun das Gebäude der Großherzoglichen Sammlungen auf dem Friedrichsplatz hinzu, welches die Bibliothek, das Münzkabinet, das Naturalienkabinet, die ethnographischen und Altertümer-Sammlungen aufnahm. Für Erstellung des Baues war eine Preisbewerbung ausgeschrieben, jedoch der erste Preis keinem der Bewerber zuerkannt worden. Den zweiten Preis hatte Architekt Oscar Pichler in Frankfurt, den dritten Preis F. Bluntzli in Zürich erhalten. Die Ausführung des Baues wurde aber, da auch die preisgekrönten Entwürfe den vollen Beifall des Bauherrn nicht gefunden hatten, dem Oberbaurat Berckmüller übertragen, welcher ein Werk schuf, das eine der vorzüglichsten baulichenzierden der Residenzstadt bildet.

Nach dem Übergang der Post an das Reich und der Errichtung einer Oberpostdirektion in Karlsruhe hatte die neue Verwaltung von einem Neubau abgesehen, vielmehr einen der stattlichsten Privatbauten der Stadt, das Hasplinger'sche Haus an der Ecke des Friedrichsplatzes und der Ritterstraße käuflich erworben, unter der Voraussetzung, daß sie auch das Gebäude dazu erwerben könne, in welchem sich früher

Landesbibliothek
Karlsruhe



Die Tintenheimer Straße.

die höhere Töchterschule befand, da jenes nicht genügenden Raum, namentlich zu wenig Hofraum bot. Verhandlungen, welche die Reichspostverwaltung mit der Gemeindebehörde anknüpfte, führten im November 1871 zum Ankauf dieses Hauses um den Preis von 36 000 fl. Die Absicht, dieses sehr unscheinbare Haus abzureißen und an seiner Stelle einen mit dem Haslinger'schen Hause zu verbindenden Neubau zu erstellen, wurde indes nicht verwirklicht, da, wie es scheint, bald darauf schon der Plan gehegt wurde, ein monumentales Postgebäude zu errichten, der aber erst nahezu drei Jahrzehnte später seine Verwirklichung fand.

In dem Gebäude der Landesgewerbehalle kam im Jahre 1873 ein Erweiterungsbau zur Ausführung, welcher im unteren Stock Räume für die Ausstellung, im oberen für den kunstgewerblichen Unterricht bot.

Das fürstlich Fürstenbergische Palais wurde 1874 restauriert und erhielt einen schönen und würdigen Schmuck durch das oberhalb des Balkons angebrachte Fürstliche Hauswappen.

Im gleichen Jahre wurden am ehemaligen Kadettenhause, nunnmehr Sitz der Amtsräume des Generalkommandos des XIV. Armee-korps und der Kommandantur, Bauveränderungen vorgenommen. Bei diesen wurde u. a. das große Bogensfenster in der Mitte des Gebäudes beseitigt, der dabei ausgebrochene Schlußstein aber an der alten Stelle wiedereingesetzt. Er ist mit dem badischen Wappen geziert und trägt eine Inschrift, welche die Namen des zur Zeit der Erbauung (1820) im Dienste befindlichen Kriegsministers (General-leutnant Freiherrn v. Schäffer), der Militärbaukommission und der beim Bau thätigen Werkmeister und Steinhauer enthält. Auch die Inschrift, welche auf die Erbauung des Kadettenhauses durch Großherzog Ludwig Bezug hat, wurde aufgefrißt. Diese Pietät der k. preussischen Militärbehörde wurde von der Einwohnerschaft, besonders den Altcarlsruhern, freudig begrüßt.

Am Friedrichsplatz nahte sich im Jahre 1874 das neue Gebäude der Generaldirektion der Verkehrsanstalten der Vollendung, an dem Neubau für das Kreis- und Hofgericht an der Ecke der Linkenheimer- und Stefaniensstraße wurde eifrig gearbeitet, die Oberdirektion des Wasser- und Straßenbaues, deren Amtsgebäude in diesen Neubau einbezogen wurde, war in den südlichen Flügel des alten Gymnasiums-

gebäudes neben der evangelischen Stadtkirche verlegt worden, das bisherige Direktionsgebäude der Verkehrsanstalten in der Kreuzstraße war für den Verwaltungshof bestimmt.

Auch die Stadtbehörde sah der Zeit entgegen, in der es ihr obliegen würde, durch Neu- und Erweiterungsbauten den Anforderungen gerecht zu werden, welche die Zunahme der Bevölkerung und die wachsende Ausdehnung der Stadt an sie stellen würde. Im Jahre 1871 erwarb sie um den Preis von 34 000 Gulden das Haus Waldhornstraße Nr. 9, Eigentum der freiherrl. v. Ganzingerschen Familie; es war womöglich dessen Verwendung zu Schulzwecken in's Auge gefaßt. Ferner wurde das Anwesen des Kaufmanns Glock an der Ecke der Bahnhof- und der Rüppurrerlandstraße mit einem Flächengehalt von 19 Ar und 26 Meter um den Preis von 29 500 Gulden von der Stadt angekauft, in einem der Gebäude wurden 8 Lehrsäle für eine gemischte Volksschule hergestellt, die alten Gebäude auf den Abbruch veräußert.

Die Frage wegen des Schlachthausbaues, angeregt durch eine Beratung über die Fleischbeschau, wurde im April 1874 der Baukommission zur Prüfung zugewiesen. Ursprünglich war die „Metzig“ im alten Rathause untergebracht. Bei Erbauung des neuen Rathauses erhielt die Metzgerzunft in diesem eine neue Metzsig mit Platz für 32 Ochsenmetzger, deren Einrichtung 16 000 Gulden kostete. Im Jahre 1837 wurde sie auf Ansuchen der Metzger gegen den Willen des Gemeinderats aufgehoben. Neben dieser Metzsig bestand schon vor 1809, vermutlich in der Nähe des Rathauses, am Landgraben ein Schlachthaus, dessen Bau etwa 8000 Gulden gekostet hatte. Dieses wurde im Jahre 1818 an Maurermeister J. M. Müller um 3500 Gulden versteigert unter der Bedingung, daß es den Metzgern bis zur Fertigstellung des neuen Schlachthauses zur Benutzung überlassen bleibe. Zur Erbauung dieses neuen Schlachthauses trat im Jahre 1817 der Staat einen 117 Quadratrußen großen Bauplatz unweit der Hirschgasse beim Landgraben unentgeltlich an die Stadt ab und verzichtete auf den Ersatz von 133 Gulden 20 Kreuzer und 98 Gulden für Quader- und Mauersteine aus den herrschaftlichen Steinbrüchen. Der Bau des Schlachthauses wurde in öffentlicher Verdingung an die Maurermeister Schwindt und Weilbier um 12570 Gulden vergeben. Im Jahre

1819 wurde der Bau fertiggestellt, welcher der von der Amalienstraße gegen Süden ziehenden Straße — Schlachthausstraße — den Namen gab. Im Jahre 1873, als diese Straße schon seit längerer Zeit den Namen Leopoldstraße führte, wurde das südlich von dem Schlachthause liegende Anwesen des Küblers Lueger-Ettlinger für etwaige Erweiterung des Schlachthauses um den Preis von 15000 Gulden erworben. Es währte aber mehr als 10 Jahre, bis statt einer Erweiterung, die nach dem oben angeführten Beschlusse im Jahre 1874 in's Auge gefaßt worden war, der Bau eines neuen Schlachthauses an anderer Stelle beschlossen wurde.

Die Stadtbehörde zeigte im Jahre 1874 auch schon ihr lebhaftes Interesse an der Erbauung eines großen Gasthofes. Nachdem die schon früher gepflogenen Verhandlungen mit einem Mannheimer Gasthofsbesitzer zu keinem Ergebnis geführt hatten, wurde die Erbauung eines solchen Gasthofes auf dem Platze des ehemals Männing'schen Anwesens (einst das Wohnhaus des Oberbaudirektors Weinbrenner) westlich vom früheren Ettlinger Thore betrieben und zu diesem Zwecke die Bildung einer Aktiengesellschaft in Betracht gezogen. Die Verwirklichung des Planes in anderer Gestalt erfolgte aber erst im Jahre 1875.

Von Seiten der Stadtbehörde war man auch bestrebt, städtischen Gebäuden eine künstlerische Auszeichnung zu geben. Im Oktober 1872 wurde vom Gemeinderat der Plan des Architekten Gambs über die Ausmalung des Treppenhauses und des Hausflures des Rathhauses, in welchem eine Gedenktafel zu Ehren der im deutsch-französischen Kriege gefallenen Karlsruheer angebracht werden sollte, genehmigt. Die Enthüllung der Tafel fand am 6. August 1873 statt*). Das Treppenhaus machte nach Vollendung dieser Arbeit einen sehr vorteilhaften Eindruck. Die Malerei an den Wänden besorgte Dekorationsmaler Müller, die schönen Stuckgemälde der Decke sind ein Werk des Malers Rudolf Gleichauf, die Gedenktafel in schwarzem Marmor ist von Bildhauer Seile in Baden ausgearbeitet.

Von der Errichtung des monumentalen Malschbrunnens an dem östlichen Eingang der Karl-Friedrichstraße wurde schon an anderer Stelle berichtet**). Am Morgen des 22. September 1874

*) Oben S. 210.

**) Oben S. 218.

wurde er in Thätigkeit gesetzt, und die Gesamtanlage mit den schönen Ruhebänken, Lorbeerbäumen und Blumenrondells bot ein sehr anmutiges Bild. Die Architektur des Brunnens stammt von den Oberbauräten Lang und Warth, die Aufstellung der zur Zierde der beiden Nischen bestimmten Figuren wurde für das nächste Jahr in Aussicht genommen.

Die städtische Wasserleitung *).

Im Jahre 1822 war nach den Plänen des Wasserbauingenieurs Haberstroh von der Stadt Karlsruhe in Gemeinschaft mit dem Domänenärar eine Wasserleitung erbaut worden, um der Stadt und dem Hofbezirke, die bis dahin Trink- und Gebrauchswasser lediglich aus Pumpbrunnen bezogen hatten, frisches gutes Trinkwasser zuzuführen. Diese Leitung brachte seitdem Quellwasser in die Stadt, welches am Fuße des Gebirges bei Durlach, 4½ km von Karlsruhe, entspringt.

Der auf die Dauer und nach neueren Anschauungen durchaus ungenügende Zustand dieser Wasserleitung wurde mit der Zeit allgemein als Übelstand gefühlt und gab im Jahre 1854 die erste Anregung zur Erbauung einer neuen Wasserleitung neben der Durlacher Leitung. Aber erst in den ersten Tagen des Jahres 1856 wurde eine Kommission aus Vertretern der Interessenten (Hofetat, Domänenärar und Stadt) gebildet, um diese Frage zu studieren. Auf Veranlassung dieser Kommission wurde Baurat Robert Gerwig als technischer Berater beigezogen, und nun begannen vom 16. Februar 1856 an Beratungen und Vorarbeiten, in Folge deren Gerwig am 14. Oktober 1856 ein sehr eingehendes Gutachten in Form eines Projektes mit Berechnungen in 13 Beilagen der Kommission vorlegte.

In diesem Gutachten war die Möglichkeit nachgewiesen, die Leistungsfähigkeit der Durlacher Wasserleitung zu erhöhen und als Ort, wo das für eine neue Wasserleitung zu gewinnende Wasser zu suchen sei, der Ruppurrer Wald bezeichnet. Für das ganze

*) Vgl. Die Großh. Badische Haupt- und Residenzstadt Karlsruhe in ihren Maßregeln für Gesundheitspflege und Rettungswesen. Bei Veranlassung der Internationalen Ausstellung für Rettungswesen und Gesundheitspflege zu Brüssel 1876 im Auftrage des Stadtrates bearbeitet, I. Abteilung S. 80 ff.